

- Allgemeine Zeitung (AZ)
- Rhein-Zeitung (RZ)
- Rheinpfalz (LU)
- Trierischer Volksfreund

- Frankfurter Rundschau
- Handelsblatt
- Staats-Zeitung
- 

## Mit falschen Versprechen gelockt

WANDERARBEITER Verein zieht Zwischenbilanz / Fast 600 Beratungen

Von Neli Mihaylova

MAINZ. „Wir haben in Europa einen freien Arbeitsmarkt, aber es kann nicht sein, dass diese Freiheit zu Lasten derer geht, die ihre Rechte nicht kennen“, meint Dietmar Muscheid, Vorsitzender der DGB Rheinland-Pfalz/Saarland. In Rheinland-Pfalz seien jährlich um die 40000 Saisonarbeiter tätig.

Viele dieser Menschen seien unzureichend über das deutsche Arbeits- und Sozialrecht informiert und werden deswegen in großem Maßstab ausgebeutet, erklärt Muscheid weiter. Um dem entgegenzutreten wird unter der Trägerschaft des Europäischen Vereins für Wanderarbeiter-Fragen (EVW) in Rheinland-Pfalz das Projekt „Mobilität 2016 fair gestalten“ durchgeführt.

„Im Jahr 2015 haben wir in Rheinland-Pfalz fast 600 Wanderarbeiter beraten“, zieht Thomas Hentschel vom EVW eine Zwischenbilanz. Mehr als die

Hälfte der Hilfesuchenden waren Männer. Zwei Drittel der beratenen Personen kamen aus Bulgarien, die restlichen aus Rumänien. Bei den meisten Gesprächen ging es um die Entlohnung. Aber auch Kündigungen, Sozialversicherungsfragen oder die Unterbringung waren Themen der Beratung.

### „Sehr arme Menschen“

Als der Verein vor über zehn Jahren gegründet wurde, sei es sehr schwierig gewesen, Zugang zu den Wanderarbeiter-Milieus zu finden: „Das hat sich seit einigen Jahren geändert, da mehrere unserer Mitarbeiter selbst bulgarische oder rumänische Muttersprachler sind und dadurch diese Menschen besser erreichen können“, erklärt Hentschel. Vor Jahren habe man oft Wanderarbeiter mit guter Ausbildung oder sogar einem Hochschulabschluss auf den Feldern getroffen. „Heutzutage sind es eher sehr arme Men-

schen aus bildungsfernen Schichten“, berichtet Hentschel.

Die Arbeit des EVW bestehe darin, diese Menschen über die Struktur des deutschen Arbeitsmarktes und über ihre Rechte als Arbeitnehmer zu informieren. „Wir fahren zu den Feldern, Baustellen oder Wohncontainern, verteilen Infomaterialien und erzählen von unserer Arbeit“, berichtet Projektleiterin Ileana Pflingstgräf-Borsos.

Oft werden die Bulgaren oder Rumänen mit falschen Versprechungen nach Deutschland gelockt. „Wenn sie hierher kommen, stellen sie fest, dass sie deutlich weniger als versprochen verdienen und in einem sehr teuren Zimmer mit mehreren Arbeitern wohnen müssen“, schildert die Projektleiterin. Viele bekommen keine Verträge oder kein Geld, müssten zwölf Stunden am Tag ohne Pause arbeiten und dürften keinen Urlaub nehmen. „Mit solchen Bedingungen werden wir leider fast täglich konfrontiert.“